

«Ein Schlag ins Gesicht der Pflegenden»

St. Galler Regierung will auch bei der Pflege das Messer ansetzen – Nationalrätin Barbara Gysi und der Berufsverband sind empört.

Regula Weik

Sie soll helfen, den schweizweiten Mangel an Pflegefachkräften zu beheben: die Pflegeinitiative. Die Zustimmung ist gross, die Umsetzung angelaufen. Doch nun grätscht die St. Galler Regierung dazwischen – und setzt bei ihren Entlastungsmassnahmen das Messer auch bei der Pflegeinitiative an. Die Ausbildungsbeiträge sollen gekürzt, der Kreis der Bezugsberechtigten enger gefasst werden.

Knapp vier Jahre sind es her, seit die Schweizer Stimmberechtigten der Pflegeinitiative zugestimmt hatten. Zuerst soll die Ausbildung gefördert, dann sollen die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals verbessert werden. Der Kanton St. Gallen schloss sich diesem Vorgehen des Bundes an. Die Regierung verankerte «anständige» Ausbildungsbeiträge, wie auch kritische Stimmen festhalten, in einer Verordnung – und rief die Stimmberechtigten an die Urne. Mit einem überwältigendem Mehr von über 88 Prozent Ja-Stimmen hiess das St. Galler Volk vergangenen November das Gesetz über die Ausbildung in der Pflege gut. Zehn Monate später sieht alles anders aus.

«Regierung nimmt die Probleme nicht ernst»

Das bekommt die Regierung nun zu spüren. Sie wird harsch kritisiert. Die Empörung bei Berufsverbänden, Gewerkschaften und links-grünen Parteien ist gross. Die St. Galler SP-Nationalrätin Barbara Gysi hatte sich an vorderster Front auf nationaler und kantonaler Ebene für die Pflegeinitiative eingesetzt. «Ich bin schockiert und empört», sagt sie auf Anfrage. «Die massiven Kürzungen bei den Ausbildungsbeiträgen um bis zu einem Drittel und das Einschränken des Altersspektrums sind ein Vertrauensbruch und ein Schlag ins Gesicht der Pflegenden.» Der Mangel an Pflegefachkräften sei massiv, viele arbeiteten



Die St. Galler Regierung will auch bei der Umsetzung der Pflegeinitiative sparen: Die Ausbildungsbeiträge sollen gekürzt, der Kreis der Bezugsberechtigten angepasst werden.
Bild: Gaëtan Bally/Keystone

am Anschlag. Mit der Umsetzung der Pflegeinitiative sollte sich einiges verbessern. Die nun von der Regierung vorgeschlagenen Kürzungen seien «versorgungs- und demokratiepolitisch fragwürdig», so Gysi. Das Ziel der Pflegeinitiative, genügend Fachpersonen auszubilden, sei damit gefährdet.

«Die Gesundheitsversorgung wird aufs Spiel gesetzt»,



Barbara Gysi, St. Galler SP-Nationalrätin.
Bild: Anthony Anex/Keystone

sagt Barbara Gysi. «Wir müssen alles daran setzen, diese – und auch weitere Kürzungen – zu verhindern.» Und sie fügt an: «Unsere Regierung nimmt die Probleme nicht ernst.»

«Ein Rückschritt für die Pflege»

Ähnlich tönt es beim Berufsverband Pflege (SBK). Die Folgen der geplanten Kürzungen seien «gravierend», sagt Nicole Rüegg, Co-Geschäftsführerin der Ostschweizer Sektion. «Anstatt motivierten Frauen und Männern den Einstieg in den Pflegeberuf zu erleichtern und ihre Existenz während der Ausbildung abzusichern, wird die Ausbildung erschwert.» Damit gefährde die Regierung «die dringend notwendige Sicherstellung» von genügend gut ausgebildeten Pflegefachper-

sonen. «Diese Massnahme ist ein Rückschritt für die Pflege und letztlich ein Risiko für die Versorgung der Patientinnen und Patienten», so Rüegg.

Und auch sie hält fest: «Dieser Schritt steht in klarem Widerspruch zum Volkswillen.» Die SBK-Sektion St. Gallen/Thurgau/Appenzell ist überzeugt: Die St. Galler Regierung schwächt mit den geplanten Kürzungen nicht nur die Umsetzung des Gesetzes, sie missachtet auch die Ziele der eidgenössischen Pflegeinitiative.

St. Gallen kennt Mindesthöhe für Beiträge

Ein Grund, weshalb nur wenige Pflegenden eine höhere Ausbildung anstreben, dürfte der knappe Lohn während der Ausbildung sein. Doch

genau an diesen ausgebildeten Pflegenden mangelt es. Da setzt der Kanton St. Gallen mit seinen Ausbildungsbeiträgen an. Heute erhalten Pflegestudierende zwischen 20'000 und 30'000 Franken pro Jahr, je nach Ausbildungsart und Situation der oder des Studierenden, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. St. Gallen kennt, anders als andere Kantone, eine Mindesthöhe von 20'000 Franken für die jährlichen Ausbildungsbeiträge.

Diese Beiträge sind keine Geschenke des Staates. FDP und SVP hatten in der Parlamentsdebatte eine Rückzahlungspflicht durchgesetzt. So müssen Studierende bei einem Abbruch der Ausbildung die Hälfte der bereits ausbezahlten Beiträge zurückerstatten. Die

Nachbarkantone kennen diese Einschränkung nicht.

Und: Für Bezugsberechtigte gilt eine Altersunter- und eine Altersobergrenze. Nun soll die heute geltende Altersuntergrenze für Quersteigende vom 25. auf 27. Lebensjahr erhöht, die Altersobergrenze für alle Bezugsberechtigten vom 55. auf 50. Lebensjahr gesenkt werden.

Mit den angedachten Kürzungen und Anpassungen spart der Kanton ab 2028 4,7 Millionen Franken – anders formuliert: Er investiert dann 4,7 Millionen weniger in die Ausbildung von Pflegefachpersonen.

Kundgebung in St. Galler Innenstadt geplant

In ihren ersten Reaktionen auf das Entlastungspaket der Regierung hatten bereits SP, Grüne, der kantonale Gewerkschaftsbund und der VPOD Ostschweiz die Reduktion der Ausbildungsbeiträge und die Anpassung der Altersgrenzen kritisiert. Dass die Regierung diese Gelder zehn Monate nach der Volksabstimmung bereits wieder kürzen will, ist für die SP «ein Affront gegen die Pflegekräfte, die Institutionen, das Kantonsparlament und die St. Galler Bevölkerung». Die Grünen kritisieren, damit würden Quereinsteigende «abgeschreckt» und die Attraktivität des Pflegeberufs geschwächt. Gewerkschaftsbund und VPOD monieren: Statt Gelder zu kürzen, sollte sich die Regierung besser überlegen, wie sie die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern kann.

Der Gewerkschaftsbund hat bereits ein Komitee ins Leben gerufen, um den geplanten Entlastungsmassnahmen entgegenzuwirken. Am 13. November ist in der St. Galler Marktgasse eine Kundgebung geplant. Gleichzeitig hat eine Petition «Nein zum Kahlschlag – Zukunft statt Abbau im Kanton St. Gallen» lanciert.

Kopftuchverbot für Lehrerinnen spaltet Fraktionen

Mit Ausnahme der SVP hatten sich die Parteispitzen kritisch geäussert. Im Kantonsrat findet eine Motion zum Verbot breiten Zuspruch.

Jochen Tempelmann

Die ganze Debatte wäre nicht entstanden, hätte das Kopftuch einer Lehrerin in Eschenbach nicht Kritik seitens der Eltern erzeugt. Doch seit der Fall im Juli publik wurde, will die St. Galler Politik dem Kopftuch an den Kragen. Nun haben vier Kantonsräte die Gedanken umgesetzt und eine Motion lanciert, die ein Verbot fordert. Unterzeichnet haben Mitglieder aller Fraktionen – dabei hatten sich die meisten Parteien kritisch über ein Verbot geäussert.

Verboten werden soll nicht das Kopftuch. Vielmehr soll die Regierung klären, ob «religiöse Signale durch Kleidung und Accessoires» bei Lehrpersonen an

öffentlichen Schulen zulässig seien. Doch in welche Richtung das Verbot gehe, ist klar: Ein Kopftuch widerspreche dem religiösen Neutralitätsgebot, so die Motion. Das «dezenste Tragen» von Symbolen, etwa ein Kreuz an einer Halskette, soll hingegen nicht unter die Regelung fallen. Die Motion fordert von der Regierung, ein entsprechendes Gesetz «im Sinn der Bevölkerung» auszuarbeiten.

Bernhard Hauser hält Widerstand aufrecht

Der Inhalt der Motion überrascht nicht. Die SVP hatte das Verbot unmittelbar nach dem Aufflammen der Diskussion gefordert. Überraschend ist aber die Liste der Unterstützerinnen

und Unterstützer der Motion: Die vier Erstunterzeichnenden sind neben Sascha Schmid (SVP) auch Bernhard Hauser (SP), Sandro Hess (Mitte) und Christof Züger (FDP).

Das Bild setzt sich bei den weiteren Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern fort: Während die SVP-Fraktion fast geschlossen unterschrieben hat, finden sich weitere Ratsmitglieder aller Parteien mit Ausnahme von EVP und Grünen auf der Liste.

Bernhard Hauser hatte sich in einem Gastkommentar in dieser Zeitung kritisch über das Kopftuch an Schulen geäussert und damit eine heftige Diskussion in der SP ausgelöst – die Ju-so hatte seinen Rücktritt ge-

fordert. Das hat ihn nicht davon abgehalten, sein Anliegen voranzutreiben. Auf Anfrage sagt er: «Die Erstunterzeichner haben die vorliegende Formulierung untereinander abgestimmt.»

Mit Blick auf die Parteidebatte sagt er: «Wir haben eine lebendige Diskurskultur.» Innerhalb der SP gebe es Themen, wo man sich relativ einig sei, und Themen, wo die Streuung relativ gross sei. Er sieht die Frage nach dem Kopftuch auch als eine notwendige Kritik an «reaktionär patriarchalen Mustern in muslimischen Gemeinschaften – analog zu den seit Jahren zu Recht kritisch diskutierten vergleichbaren Mustern im Christentum.»

Und auch in den anderen grossen Parteien gibt es keine Geschlossenheit. Die St. Galler Mitte-Präsidentin hatte eine Motion als «Sommerloch-Übung» bezeichnet. Nicht, dass sie für das Kopftuch sei: Ein Gesetz, das nur wegen weniger Situationen geschaffen werde, sei unnötig. Nun hat Parteikollege Sandro Hess die Motion mit ausgearbeitet.

Hess sagt: «Im Moment gibt es in Fällen wie kürzlich in Eschenbach jeweils eine grosse Aufregung über diese Frage, da sie eben nicht geklärt ist.» Es gebe Gemeinden, die sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Handhabung gegeneinander ausspielen. «Das ist nicht im Sinn unserer Lehrpersonen, die

ebenfalls gerne verbindlich wissen wollen, was in unserem Kanton gilt.» Ob eine Mehrheit seiner Partei die Motion im Kantonsrat unterstütze, könne er allerdings noch nicht abschätzen.

Ähnlich verhält es sich mit der FDP. Während Fraktionspräsident Christian Lippuner sich deutlich gegen «unnütze Verbote und Regulierungswut» wehrte, unterstützen neben Erstunterzeichner Christof Züger sechs weitere FDP-Kantonsrätinnen und -räte die Motion.

Damit ist sich keine Fraktion in der Kopftuchfrage einig – und der Ausgang der Debatte ums Kopftuchverbot im Kantonsrat bleibt bislang ungewiss.